



EU-WAHL 2024

WWF-FRAGEBOGEN AN DIE PARTEIEN FÜR DIE EUROPAWAHLEN 2024

DEZEMBER 2023

15 Fragen zu den Europawahlen 2024

Angesichts multipler Krisen sind die anstehenden Europawahlen besonders wichtig. Daher hat der WWF den folgenden Fragebogen entwickelt, um die unterschiedlichen Positionen der Parteien zur Umweltpolitik zu erheben und besser einordnen zu können. Der WWF vertritt in Europa rund 3,9 Millionen Unterstützerinnen und Unterstützer, die wir über die unterschiedlichen politischen Lösungen zur Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise informieren möchten.

Unsere Erhebung umfasst 15 Fragen, die zahlreiche Politikfelder und Prioritäten abdecken, darunter Klima, Energie, Biodiversität, Landwirtschaft, Lebensmittel und nachhaltige Finanzen. Ihre aktive Teilnahme ist für uns besonders wichtig, um die Menschen zu informieren. Zugleich bieten wir den Parteien damit eine Plattform, um ihre konkreten Positionen zu erläutern.

In diesem Sinne bedanken wir uns für Ihre Aufmerksamkeit und Mühe und freuen uns auf Ihren Beitrag bis zum 31. Jänner 2024. Die Antworten werden wir auf nationaler und europäischer Ebene in einer Tabelle zusammenfassen und im März 2024 veröffentlichen.

1. European Green Deal sichern und stärken

Der 2019 gestartete [European Green Deal](#) hat eine umfangreiche Agenda, um der Klimakrise und der Umweltverschmutzung entgegenzuwirken und die EU-Wirtschaft ressourceneffizienter und wettbewerbsfähiger zu machen. Er enthält Politiken für Klima, Energie, Biodiversität, Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Verkehr und Finanzen. Mehrere der Versprechen, darunter zum Beispiel auch der Wandel zu nachhaltigen Ernährungssystemen, müssen aber erst noch umgesetzt werden oder entsprechen nicht mehr der ursprünglichen Ambition, wie es zum Beispiel bei den vereinbarten Emissionsreduktionen bis 2030 der Fall ist. Wenn Ihre Partei gewählt wird, kann sie der Europäischen Union beim Übergang zu einem grüneren und gerechteren Modell helfen, indem sie dafür sorgt, dass der Green Deal vollständig umgesetzt wird.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Europäischen Green Deal in den nächsten fünf Jahren aufrechtzuerhalten, indem sie seiner Umsetzung höchste Priorität einräumt und zusätzliche und stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützt, um die mit dem Green Deal eingegangenen

Verpflichtungen zu erfüllen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir werden den European Green Deal als eine der wichtigsten politischen Prioritäten aufrechterhalten, auch durch die Unterstützung zusätzlicher und stärkerer EU-Klima- und Umweltvorschriften.
- Ja, wir werden den European Green Deal als eine der wichtigsten politischen Prioritäten aufrechterhalten, aber nur die Umsetzung der bestehenden EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützen.
- Nein, wir werden den European Green Deal nicht als eine der wichtigsten politischen Prioritäten beibehalten.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die FPÖ lehnt den Green Deal und seine Vorhaben für ein Europa der Kernkraftwerke ab. Brüssels unrealistische Umweltpolitik nimmt Standort- und Wettbewerbsnachteile in Kauf und stellt eine Bedrohung für die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit dar. Auch die verschiedenen mit dem European Green Deal verknüpften Eingriffe in das dingliche Eigentumsrecht (betrifft es nun Fahrverbote oder Heizungsverbote) bieten an sich schon reichlich Begründung für ein striktes Nein zu einer derartigen „Umweltpolitik“.

Die FPÖ fordert eine Abkehr vom Green Deal und eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Bürger und der Wirtschaft Österreichs.

2. Erreichen der Klimaneutralität

Mit dem Green Deal hat die EU die Klimaneutralität 2050 im Europäischen Klimagesetz verankert. Das erste rechtliche Zwischenziel besteht darin, die "Netto-Emissionen" der EU (Emissionen nach Abzug des Kohlenstoffabbaus durch Wälder und andere Landschaften) bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Für das Zwischenziel für 2040 gibt es jedoch noch keine rechtliche Vorgabe. Laut dem jüngsten [Gutachten](#) des Wissenschaftlichen Beirats für Klimawandel hat die EU nach ethischen Grundsätzen ihren fairen Anteil am globalen Emissionsbudget bereits ausgeschöpft. Der WWF fordert daher, dass die Europäische Union die Klimaneutralität - also eine 100-prozentige Reduzierung der Netto-Treibhausgas-Emissionen - bereits bis zum Jahr 2040 statt erst bis 2050 anstreben sollte.

Welches Niveau der Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 will Ihre Partei im EU-Recht verankern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Zumindest 100 Prozent (d.h. Erreichen der Klimaneutralität bis 2040)
- Zumindest 90 Prozent
- Weniger als 90 Prozent oder gar kein rechtsverbindliches 2040-Ziel

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die FPÖ betrachtet die Verschärfung einer weiteren Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen als enorme Belastung für die Wirtschaft und den Wohlstand Österreichs. Sie warnt vor einer weiteren Energiepreisinflation und einer Verschärfung der Energie- und Verkehrsarmut, die die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen könnten.

Die FPÖ setzt auf einen technologieoffenen Ansatz und setzt sich für nationale Souveränität im Energie- und Technologiebereich ein. Fossile Brennstoffe, aber auch Wasserstoff, e-Fuels und Bioenergie werden in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, ganz egal ob es um Industrie, Verkehr oder andere Anwendungen geht.

Aufgrund der Brüsseler Politik aber können wir oft nicht selbst erzeugen, sondern müssen zu großen Teilen importieren. Damit schaffen wir die nächste Abhängigkeit von ausländischen Energieerzeugern, die man angeblich reduzieren wollte.

Anstatt die Mitgliedstaaten und seine Bürger hier um Biegen und Brechen zu weiteren CO2 Einsparungen zu bewegen und zwingen, sollte man wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenländern helfen, indem europäische Technologien zur sauberen und effizienten Kohleverstromung exportiert wird. Damit kann man relativ leicht sehr viel CO2 einsparen, und im Gegensatz zu einer CO2-Neutralität in der EU wäre dieser Beitrag sogar weltweit messbar.

3. Nutzung fossiler Energien beenden

Die aktuelle geopolitische Krise und die daraus resultierende Energiekrise verdeutlichen die enormen Kosten unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Fossile Energie wird für sozial benachteiligte Haushalte immer teurer und schadet zugleich Umwelt und Klima. Die Europäische Union muss daher rasch aus der Nutzung fossiler Brennstoffe aussteigen, um eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen und die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu vermeiden. Derzeit gibt es aber noch kein rechtlich verbindliches Konzept dafür. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die EU rechtsverbindliche Ziele für den vollständigen Ausstieg festlegt - bei der Kohle bis 2030, für Erdgas bis 2035 und für Erdöl bis 2040.

Setzt sich Ihre Partei für die Festlegung kurzfristiger und rechtlich verbindlicher Zieltermine für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl ein - und das in dieser Reihenfolge?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir verpflichten uns, rechtsverbindliche Zieltermine für den vollständigen Ausstieg aus der Kohle bis 2030, aus Erdgas bis 2035 und aus Erdöl bis 2040 festzulegen.
- Ja, wir verpflichten uns, rechtsverbindliche Zieltermine für den vollständigen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl festzulegen, halten aber die Zieltermine 2030, 2035 und 2040 für zu streng.
- Nein, wir verpflichten uns nicht, rechtsverbindliche Termine für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl festzulegen.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die FPÖ lehnt jeglichen Eingriff mittels EU-Rechtsakten in den sensiblen und vor allem souveränen Kompetenzbereich der Energieversorgung, sei es die Schaffung von Versorgungssicherheit, Stabilität und vor allem die Gewährleistung der Versorgung mit leistbarer Energie, ab.

Wer glaubt die Stabilität eines Energienetzes nur auf Erneuerbaren Energien und Wasserstoff- bzw Batteriespeicher stellen zu können - ohne kalorische Back-Up Kraftwerke im Netz zu behalten, vertritt entweder die Interessen der Atom-Strom Industrie, oder will den totalen Black Out in Europa forcieren.

4. Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen

Unser derzeitiges Lebensmittelsystem trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt, zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und zur Klimakrise bei. Deshalb muss die Politik rechtsverbindliche Grundsätze und Ziele festlegen - und zwar für alle Akteure von der Lebensmittelverarbeitung über den Handel bis hin zum Verbrauch. Die EU hat einen Schritt in diese Richtung gemacht, indem sie im Rahmen der "Farm to Fork"-Strategie* die Idee einer übergreifenden Verordnung für nachhaltige Lebensmittelsysteme vorgestellt hat. Diese muss sie jedoch erst noch als Gesetzesvorschlag vorlegen, über den das Parlament und die Mitgliedstaaten verhandeln können. Der WWF appelliert daher an die Kommission und die politischen Parteien, die rasche Veröffentlichung des Vorschlags zu unterstützen - mit Standards für europäische Produkte, die auch für importierte Produkte gelten. Wenn Sie gewählt werden, hat Ihre Partei die Möglichkeit, die Veröffentlichung des neuen Gesetzes zu unterstützen und aktiv dazu beizutragen, ein nachhaltiges, faires und gesundes Modell in Europa zu fördern.

*Die "Farm to Fork"-Strategie ist das Herzstück des "Green Deal", der darauf abzielt, Lebensmittelsysteme fair, gesund und umweltfreundlich zu gestalten.

Unterstützt Ihre Partei den Beschluss neuer Rechtsvorschriften, die umfassende und wissenschaftlich fundierte quantitative Ziele festlegen, um die Nachhaltigkeit in der gesamten Lebensmittelversorgungskette zu verbessern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Nein, wir unterstützen den Beschluss neuer Rechtsvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Unsere Bauern erzeugen qualitativ hochwertige Lebensmittel. Die EU-Agrarpolitik hat dazu geführt, dass wir in vielen Bereichen keine Eigenversorgung mehr haben und uns auf Importe verlassen müssen. Die österreichische Landwirtschaft ist seit vielen Jahren unter Druck, davon zeugt die zunehmende Anzahl von Betriebsschließungen. Auslöser dieses Bauernsterbens ist neben der fehlgeleiteten EU-Agrarpolitik, die sich nur auf die industrielle landwirtschaftliche Produktion konzentriert, auch der durch die Kommission und einer Vielzahl von Freihandelsabkommen zunehmende Import, mit dem unsere heimische Landwirtschaft aus einer Vielzahl von Gründen nicht konkurrieren kann. Die Einhaltung hoher Qualitätsansprüche an Konsument und Tier, und die Verpflichtung zur Einhaltung verschiedenster administrativer Berichtspflichten aus Brüssel, sind nur zwei davon.

Die Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises, sollten wieder selbstverständlich sein. Viele Österreicher wünschen sich generell mehr Investitionen in ihre eigene Region. Die leistungsfähige heimische Landwirtschaft und damit auch die Ernährungssicherheit und Krisenresilienz unseres Landes ist besonders in herausfordernden Zeiten wie diesen ein bestimmender Faktor für die Sicherheit Österreichs.

Unsere freiheitliche Landwirtschaftspolitik nimmt die Interessen unserer kleinstrukturierten, familiär geführten bäuerlichen Betriebe ernst und hat auch den politischen Willen, diese Interessen durchzusetzen. Die Förderung von regionalen Lebensmitteln, der Nahversorgung und die Berücksichtigung direktvermarktender Landwirtschaftsbetriebe sind ebenso Teil unseres Ansatzes, wie auch das Verbot von Lebendtiertransporten innerhalb der EU bzw. nach Drittstaaten.

5. Gemeinsame Agrarpolitik reformieren

Es gibt eine vielschichtige Wechselwirkung zwischen der Landwirtschaft, der Erderhitzung und dem Verlust der biologischen Vielfalt. Einerseits trägt die Landwirtschaft erheblich zu Treibhausgasemissionen und dem Verlust der Natur bei, andererseits sind Bäuerinnen und Bauern zunehmend von den Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise betroffen. 2025 wird die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag zur neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2027 vorlegen. Das wird die erste Gelegenheit sein, um die GAP mit der "Farm to Fork"-Strategie in Einklang zu bringen und die Direktzahlungen neu auszurichten, um die Landwirtschaft beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem finanziell zu unterstützen. Wenn Ihre Partei gewählt wird, kann sie die Landwirtschaft stärken und ihr helfen, ihre Resilienz zu verbessern und zugleich die Umweltauswirkungen der Produktion in der EU zu verringern.

Unterstützt Ihre Partei die Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Einklang mit der "Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal sowie die Neuausrichtung der Unterstützung für Landwirt:innen bei der Umstellung auf agrarökologische Verfahren?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir verpflichten uns, die GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal zu überarbeiten, und wir unterstützen die schrittweise Abschaffung der Direktzahlungen und die Umwidmung öffentlicher EU-Mittel zur Unterstützung der Landwirte beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem.

Ja, wir setzen uns für eine Überarbeitung der GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork-Strategie" und dem Green Deal ein, unterstützen aber nicht die schrittweise Abschaffung der Direktzahlungen.

Nein, wir lehnen eine Überarbeitung der GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal ab.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Es braucht eine Überarbeitung der GAP und ein Entlastungspaket für die Landwirte. Die FPÖ fordert hier eine Abkehr vom derzeitigen Modell der Direktzahlungen pro Hektar, wovon nur große Betriebe profitieren. Ein alternatives Modell ist die Schaffung eines Sockelbetrages für die ersten 20 Hektar und für die Flächen darüber eine degressive Förderung, die bei 100.000 EUR gedeckelt wird. Flankiert wird dieses Modell mit einer Sockelförderung pro Arbeitskraft. Die traditionelle Berglandwirtschaft, die einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft leistet, muss mit einem Landschaftsschützer Bonus vergütet werden.

6. Beschluss eines Klimaresilienz-Gesetzes

Unsere Natur ist von entscheidender Bedeutung, um die Klimakrise zu bewältigen. Intakte Ökosysteme wie Flussauen, frei fließende Flüsse, widerstandsfähige Wälder und Agrarlandschaften schützen vor den Folgen von Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden. Hingegen erhöht die Vernachlässigung der Natur die Anfälligkeit und finanzielle Belastung durch extreme Wetterereignisse, wobei die EU bereits mit jährlichen Schäden von über 12 Milliarden Euro konfrontiert ist. Allein schon aus Sicherheitsgründen braucht die EU daher einen neuen Rahmen für die Klimaresilienz, der sowohl legislative als auch nichtlegislative Maßnahmen umfasst und die Auswirkungen der Klimakrise in alle Politikbereiche einbezieht. Dieser Rahmen sollte kluge Investitionen in unterschiedlichen Sektoren (Energie, Verkehr, Landwirtschaft oder Wälder) fördern und den Schwerpunkt auf naturbasierte Lösungen legen. Denn rein technische, gebaute Infrastrukturen erhöhen in vielen Fällen die Anfälligkeit für die Folgen der Klimakrise. Ein Rahmen für die Klimaresilienz würde Städte und ländliche Gebiete bei der Bewältigung der Klimakrise unterstützen und zum Schutz der EU-Bevölkerung und der Unternehmen beitragen. Beispiele dafür sind die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, damit diese Wasser aufnehmen, filtern und im Boden speichern können, anstatt neue Dämme zu bauen, Deiche zu erhöhen oder groß angelegte Wassertransfers zur Wasserbewirtschaftung durchzuführen. Es bedeutet auch, dass nur so viel Wasser entnommen wird, wie wir für die agrarökologische Landwirtschaft und für Kulturen benötigen, die an das sich verändernde Klima angepasst sind, und um die Trinkwasserversorgung in den wasserärmsten Gebieten zu sichern.

Unterstützt Ihre Partei den Beschluss eines neuen Rahmens, der aus legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen zur Förderung der Klimaresilienz besteht, um die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme zu stärken und unsere Gesellschaft vor klimabedingten Gefahren zu schützen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen den Beschluss neuer legislativer und nicht-legislativer Maßnahmen zur Klimaresilienz, die dem Einsatz und der Ausweitung von naturbasierten Lösungen Vorrang einräumen.
- Ja, wir unterstützen die Verabschiedung neuer nicht-legislativer Maßnahmen zur Klimaresilienz, die dem Einsatz und der Ausweitung naturbasierter Lösungen Vorrang einräumen, aber wir unterstützen keine neuen legislativen Maßnahmen.
- Nein, wir sind der Meinung, dass die EU bereits über ausreichende legislative und nichtlegislative Maßnahmen verfügt, um die Klimaanpassung und/oder naturbasierte Lösungen zu unterstützen.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die EU-Klimapolitik führt dazu, dass Unternehmen vermehrt ihre europäische Produktion in Drittstaaten verlagern, in denen sie weniger strenge Umweltauflagen erfüllen müssen. Dies hat zur Folge, dass viele Klein- und Mittelbetriebe, die sich solche Auslagerungen nicht leisten können, in den Ruin getrieben werden. Letztendlich wird dadurch das angestrebte Ziel des Klimaschutzes untergraben und gleichzeitig Arbeitsplätze sowie Wohlstand in Europa zerstört. Umweltschutz einerseits und Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand andererseits dürfen nicht aus rein ideologischen Gründen gegeneinander ausgespielt werden.

7. Investitionen in Natur und Bevölkerung erhöhen

Um die Klimakrise abzumildern und Gesellschaft und Wirtschaft an ihre Folgen anzupassen, müssen wir unsere Ökosysteme umfassend schützen und wiederherstellen. Das erfordert eine Umlenkung umweltschädlicher Subventionen zugunsten von Investitionen in die Natur - begleitet von finanzieller Unterstützung für Land- und Forstwirtschaft, Grundbesitzer, Fischerei, Küstengemeinden und lokale Gruppen, die sich für die Wiederherstellung der Natur einsetzen. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen [Studie](#) schätzt, dass von 2021 bis 2030 jährlich mindestens 48 Milliarden Euro benötigt werden, um die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 zu erreichen. Laut Schätzungen haben die EU und ihre Mitgliedstaaten im Jahr 2021 aber lediglich 27 Milliarden Euro investiert. Daher ist das Schließen dieser Finanzierungslücke unerlässlich, um die Biodiversitätskrise zu bewältigen. Zugleich ist es eine Chance, um diejenigen zu stärken, die an vorderster Front für die Wiederherstellung der Natur arbeiten, um unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimakatastrophen zu verbessern und eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu fördern. Darüber hinaus zahlt sich eine Offensive auch ökonomisch mehrfach aus: [eine Investition von einem Euro in die Wiederherstellung der Natur bringt acht Euro](#) an wirtschaftlichem Nutzen zurück.

Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der europäischen und nationalen Investitionen in die Natur auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Aufstockung der EU- und nationalen Investitionen in die Natur auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich.
- Ja, wir unterstützen ~~eine Erhöhung der EU- und~~ nationalen Investitionen in die Natur im Vergleich zu heute, legen uns aber nicht auf eine bestimmte Zahl fest.
- Nein, wir unterstützen die Erhöhung der EU- und nationalen Investitionen in die Natur im Vergleich zu heute nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die notwendige Sensibilität in diesem Thema, und das Prinzip der Subsidiarität, verlangen, dass Investitionsprogramme in diesem Bereich eine rein nationale Angelegenheit bleiben müssen. Der Umstand, dass ein Netto-Zahler wie Österreich über Brüssel hier die Fördermittelgießkanne für intransparente Projekte in anderen Ländern spielen muss, ist inakzeptabel.

8. Umsetzung des Weltnaturabkommens

Weltweit sind rund 75 Prozent der Landfläche und 66 Prozent der Meeresfläche durch menschliche Aktivitäten beeinträchtigt. Das schadet nicht nur den Arten, die in diesen Ökosystemen leben, sondern auch dem Wohlergehen künftiger Generationen. Es verringert nämlich die Fähigkeit dieser Gebiete, als Kohlenstoffsenken zu fungieren und gegen die Folgen der Klimakrise zu schützen. Die EU hat sich in ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 verpflichtet, ein kohärentes und effizient verwaltetes Schutzgebietsnetz zu schaffen. Dieses Netz soll jeweils mindestens 30 Prozent der Land- und der Meeresfläche der EU abdecken und bis 2030 mindestens ein Drittel der streng geschützten Gebiete umfassen. Auf globaler Ebene setzt der Globale Biodiversitätsrahmen der Vereinten Nationen bis 2030 das Ziel, 30 Prozent der Land- und Binnengewässer sowie der Küsten- und Meeresgebiete wirksam zu schützen. Um diese Ziele zu erreichen, stützt sich die EU auf einen freiwilligen Mechanismus, der bisher nicht sehr effektiv ist. Nur wenige EU-Mitgliedstaaten haben nationale Zusagen eingereicht, obwohl die Frist dafür Ende 2022 abgelaufen ist. Wenn Ihre Partei gewählt wird, hat sie die Möglichkeit, die EU-Biodiversitätsstrategie zu überarbeiten und diese freiwilligen Zusagen in rechtlich verbindliche Ziele umzuwandeln, um zum Schutz dieser wertvollen Ökosysteme und Arten beizutragen.

Setzt sich Ihre Partei für den Schutz von Schutzgebieten und die Erreichung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie und des Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt ein, indem sie freiwillige Zusagen in rechtsverbindliche Ziele für alle EU-Mitgliedstaaten umwandelt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir unterstützen die Festlegung rechtsverbindlicher Ziele für die EU-Mitgliedstaaten zur Erreichung der 2030-Ziele für Schutzgebiete.

Nein, wir glauben, dass freiwillige Zusagen der EU-Mitgliedstaaten ausreichen, um die 2030-Ziele für Schutzgebiete zu erreichen

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wenn die Mitgliedstaaten bis 2030 auf bis zu 30 % ihrer Landflächen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur durchführen müssen, wird das zur Einstellung der Produktion auf diesen Flächen führen. Daraus stellt sich zwingend die Frage der Sicherstellung der Versorgung mit heimischen Lebensmitteln, wenn landwirtschaftliche Flächen aus der Bewirtschaftung genommen werden.

Die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben wird weiter aufs Spiel gesetzt. Rückläufige bäuerliche Einkommen haben steigende Verbraucherpreise zur Folge. Mögliche Folgen, wie Rechtsunklarheiten, Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden bei der lokalen Flächenwidmung, Behinderung resilienter Stadtentwicklung, Eingriff in die Raumordnung und Stadtentwicklung, unverhältnismäßiger administrative und finanzielle Mehraufwand, könnten bestehen.

Es gibt das ÖPUL-Programm (Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft): Vertragsflächen werden naturschutzkonform bewirtschaftet und vertraglich abgesichert.

9. Umlenken von umweltschädlichen Subventionen

Umwelt- und klimaschädliche Subventionen erhöhen die Treibhausgas-Emissionen, verstärken den Raubbau an der Natur und den Verlust der biologischen Vielfalt. Sie verursachen enorme verdeckte Kosten und sind zugleich eine verpasste Chance für die Finanzierung des European Green Deal. Bisher sind die EU und ihre Mitgliedstaaten nur unverbindliche Zusagen eingegangen, öffentliche Subventionen für fossile Brennstoffe und andere naturschädigende Aktivitäten auslaufen zu lassen. Es gibt derzeit keinen Rechtsrahmen dafür, weshalb es auch nur minimale Fortschritte gegeben hat. Die Umlenkung aller schädlichen Subventionen hin zu einer grünen Transformation - mit einem Schwerpunkt auf die Unterstützung sozial benachteiligter Haushalte und wichtiger Wirtschaftssektoren in diesem Wandel - wäre ein wichtiger Schritt zur Finanzierung dieser Anstrengungen.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Subventionen für fossile Brennstoffe und andere umweltschädliche Subventionen (EU-weit & national) zugunsten eines grünen Übergangs umzulenken, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung sozial benachteiligter Menschen und wichtiger Wirtschaftssektoren liegt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir unterstützen den Beschluss und die Umsetzung rechtlicher Maßnahmen zur schrittweisen Abschaffung der Subventionen für fossile Energie und anderer umweltschädlicher Subventionen (EU-weit und national) und sind der Meinung, dass diese Subventionen vorrangig auf den grünen Übergang ausgerichtet werden sollten. Der Schwerpunkt sollte auf der Unterstützung betroffener Menschen und sonstiger wichtiger Interessengruppen liegen.

Ja, wir unterstützen das Ziel, die Subventionen für fossile Brennstoffe und weitere umweltschädliche Subventionen schrittweise abzubauen, und sind der Ansicht, dass diese Subventionen vorrangig auf die Umsetzung des grünen Übergangs ausgerichtet werden sollten. Der Schwerpunkt sollte auf der Unterstützung von sozial benachteiligten Menschen und wichtigen Akteuren des grünen Übergangs liegen. Wir glauben jedoch nicht, dass zusätzliche rechtliche Maßnahmen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Nein, wir unterstützen das Ziel, die Subventionen für fossile Brennstoffe sowie weitere umweltschädliche Subventionen schrittweise abzubauen, nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

10. Finanzierung des Übergangs zu einer klima- und naturverträglichen Wirtschaft

Ein nachhaltiges Finanzwesen, das Kapital in ökologisch nachhaltige Aktivitäten lenkt, ist ein wirksames Instrument zur Finanzierung des Übergangs zu einer klima- und naturverträglichen Wirtschaft. Ein notwendiger Schritt besteht darin, zu definieren, welche Aktivitäten wirklich nachhaltig sind. Die EU hat hier mit der Einführung der EU-Taxonomie einen wichtigen Schritt getan. Dieses Klassifizierungssystem ist jedoch unvollständig, da es nicht klar zwischen nicht nachhaltigen Aktivitäten unterscheidet, die sofort eingestellt werden sollten, und solchen, die nach einer Übergangsphase und gezielten Investitionen, letztendlich die nachhaltige Kategorie erreichen können. Daher muss die EU den Rechtsrahmen dringend verbessern. Die effektivste Lösung wäre die Erweiterung des EU-Taxonomie-Rahmens von der derzeit einzigen Kategorie ("nachhaltig") auf ein Ampelsystem mit drei Kategorien. Das neue System würde zwischen "nachhaltigen", "intermediären" (im Übergang befindlichen) und "nicht nachhaltigen" Wirtschaftstätigkeiten unterscheiden.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die aktuelle EU-Taxonomie um zwei Kategorien zu erweitern, die dazu beitragen, zwischen "intermediären" und "nicht nachhaltigen" Wirtschaftstätigkeiten zu unterscheiden - zusätzlich zu den bereits definierten "nachhaltigen" Tätigkeiten?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie mit insgesamt drei Kategorien, die klarstellt, was "nachhaltige", "intermediäre" und "nicht-nachhaltige" Wirtschaftstätigkeiten sind.
- Ja, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie mit zwei Kategorien, die klarstellt, was "nachhaltige" und "intermediäre" Wirtschaftstätigkeiten sind.
- Nein, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie nicht und glauben, dass der derzeitige Ansatz ausreichend ist.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wir lehnen die Erweiterung des derzeitigen Regelwerks im Bereich der Taxonomie ab, denn mit dieser Klassifizierung wird nur ein Betrug am Kleinanleger ermöglicht. Dass die EU-Kommission die Atomkraft als „grün und nachhaltig“ einstufen durfte, zeugt von der fehlenden Sinnhaftigkeit dieses Systems. Auswirkungen der EU-Taxonomie-Nachhaltigkeitskriterien sind steigende Komplexität und Bürokratie und damit massive Mehrbelastungen der betroffenen Betriebe.

11. Erreichen des Ziels von 100 Prozent Erneuerbare Energien

Die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien ist von entscheidender Bedeutung, um die Klimakrise einzudämmen und eine stabilere Energieversorgung sowie leistbare Preise zu gewährleisten. Im Jahr 2023 hat die EU eine überarbeitete Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED) beschlossen, die deren Anteil am EU-Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 Prozent erhöhen soll. Die neue Fassung sieht eine zusätzliche indikative Erhöhung um 2,5 Prozent vor, die einen Anteil von 45 Prozent ermöglichen würde. Wenn Sie gewählt werden, wird Ihre Partei die Möglichkeit haben, im Rahmen der nächsten Überarbeitung der RED in den kommenden fünf Jahren ein Ziel für 2040 festzulegen. Die Unterstützung eines höheren Erneuerbaren-Anteils ist daher ein Schlüssel für die Klimaneutralität und die Energieunabhängigkeit Europas.

Für welchen Anteil Erneuerbarer Energien am EU-Gesamtenergieverbrauch setzt sich Ihre Partei ein, um diesen im EU-Recht zu verankern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- 100 Prozent bis 2040
- Wir unterstützen den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien, aber es wird zu schwierig sein, dies bis 2040 zu erreichen.
- Wir unterstützen das Ziel von 100 Prozent Erneuerbare Energien nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Ein auf 100% Erneuerbare Energien basierendes Energiesystem ist nicht machbar, außer man rechnet die kalorischen Back-Up Gaskraftwerke nicht mit ein, oder nimmt die Zunahme von Atomkraft in Europa einfach so hin.

Wir unterstützen den Ausbau von Erneuerbaren Energieträgern, fordern hier aber mehr Ehrlichkeit in der Debatte.

12. Gewährleistung eines naturverträglichen Ausbaus der Infrastruktur für Erneuerbare Energien

Ein rascher Ausbau der Wind- und Solarenergie ist von entscheidender Bedeutung, um unsere Energiesicherheit zu erhöhen und eine eskalierende Klimakrise einzudämmen. Allerdings muss dies unter Einbindung der Bevölkerung und auf umweltfreundliche Weise erfolgen. Neue Genehmigungsvorschriften in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) sehen unter anderem einen Rahmen für Energieraumplanung vor und verpflichten die Mitgliedsländer zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energien (Renewable Acceleration Areas - RAA), was beides zu begrüßen ist. Die Vorschriften regeln jedoch auch, dass Projekte in diesen Gebieten von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgenommen sind und dass bei allen erneuerbaren Energien überall davon ausgegangen wird, dass sie im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen. Diese unnötigen Bestimmungen untergraben nicht nur das Vertrauen der Öffentlichkeit in Erneuerbare Energien, sondern gefährden auch die wichtigen Naturschutzmaßnahmen der Vogelschutz-, Habitat- und Wasserrahmenrichtlinie.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Aushebelung der Umweltschutzbestimmungen in der Richtlinie über Erneuerbare Energien rückgängig zu machen und sicherzustellen, dass wir die Klima- und Biodiversitätskrise parallel angehen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir sind der Meinung, dass der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien von einer soliden, ökosystembasierten Raumplanung abhängt. Deshalb würden wir die Anforderung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Projekte wieder einführen und die gesetzliche Verankerung des überwiegenden öffentlichen Interesses aufheben.

Nein, wir werden die neuen Genehmigungsvorschriften so belassen wie sie sind.

Nein, wir werden eine weitere Lockerung der Naturschutzbestimmungen anstreben, die unserer Meinung nach für einen raschen Ausbau der Wind- und Solarenergie zu streng und/oder zu verwaltungsaufwändig sind.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

13. Schutz der Flüsse und Seen

Süßwasser ist für Menschen, Tiere und Pflanzen überlebenswichtig. Zusätzlich spielt es eine Schlüsselrolle in der Landwirtschaft, bei industriellen Prozessen und bei der Klimaregulierung. Allerdings sind die Süßwasserressourcen in Europa zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt, darunter Verschmutzung, Verbauung übermäßige Wasserkraft-Nutzung und die Klimakrise. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie setzt das Ziel, alle Flüsse, Seen und das Grundwasser bis 2027 wieder in einen guten Zustand zu bringen. Seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2000 wurden jedoch nur sehr geringe Fortschritte beim Schutz und der Wiederherstellung von Wassereinzugsgebieten erzielt. Darüber hinaus sind fast 60 Prozent der Flüsse und Seen in der EU noch immer nicht in einem guten Zustand und gibt es für viele Gewässer unterschiedliche Arten von Ausnahmen von den rechtlichen Verpflichtungen. Wenn Sie gewählt werden, wird Ihre Partei die Möglichkeit haben, sich in diesem Prozess zu engagieren und eine bessere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu fördern.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Erreichen des in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Ziels eines guten Zustands von Flüssen, Seen und Grundwasser im Jahr 2027 zu beschleunigen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir unterstützen die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und glauben, dass die Mitgliedstaaten die Umsetzung beschleunigen müssen.

Ja, wir unterstützen die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, sind aber der Meinung, dass die Mitgliedstaaten mehr Zeit und Flexibilität benötigen, um diese zu erreichen.

Nein, wir sind der Meinung, dass die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht machbar ist und fordern, die Ziele der Richtlinie abzusenken.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die Gewässerreinigung erfordert eine solide Grundlage. Es ist von entscheidender Bedeutung, den Schutz des Wassers ernst zu nehmen.

14. Just transition: Förderung eines gerechten und fairen Übergangs

Das aktuelle EU-Paket für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität konzentriert sich auf eine rasche Dekarbonisierung in spezifischen Regionen, sollte aber in Zukunft deutlich umfassender erfolgen. Denn wenn der notwendige grüne Übergang nicht von politischen Maßnahmen begleitet wird, die seine sozialen Folgen abfedern, führt dies zu steigender Ungleichheit, mehr Armut und einem geringeren sozialen Zusammenhalt. Wenn Ihre Partei gewählt wird, hat sie die Möglichkeit, diese Herausforderung anzugehen und sicherzustellen, dass der Übergang zur Nachhaltigkeit niemanden zurücklässt.

Setzt sich Ihre Partei für einen gerechten und fairen Übergang durch umfangreiche EU-Investitionen in ein Energiespar-, Sanierungs- und Umschulungs- bzw. Wiederbeschäftigungs-Programm ein?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Einführung weiterer groß angelegter EU-Investitionsprogramme, um einen gerechten und fairen Übergang zu erleichtern.
- Nein, wir unterstützen die Einführung weiterer groß angelegter EU-Investitionsprogramme zur Erleichterung eines gerechten und fairen Übergangs nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Es besteht insgesamt die Notwendigkeit, die Ausgabenpolitik der EU zu überdenken, was die Dysfunktionalität des aktuellen EU-Haushalts verdeutlicht. Es ist erforderlich, gezieltere Investitionen zu tätigen, insbesondere in Bereiche wie Digitalisierung, Infrastrukturausbau, Förderung eines vielfältigen Technologieansatzes und den Wiederaufbau der europäischen Arzneimittelproduktion.

15. Reduktion des EU-Einflusses auf die Entwaldung

Die Europäische Union ist noch immer einer der weltweit größten Importeure von Produkten aus tropischer Abholzung, obwohl das laut einer Umfrage sieben von zehn Menschen ablehnen. Im Jahr 2023 hat die EU ein neues Gesetz beschlossen, das den Handel mit Produkten, die mit Abholzung in Verbindung stehen, in Europa unterbinden soll - die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte. Wenn die EU die Bedenken der Menschen vollständig berücksichtigen will, darf sich das neue Entwaldungsgesetz nicht nur auf Wälder beziehen. Sollte Ihre Partei gewählt werden, wird sie die Möglichkeit haben, die Aufnahme von Produkten in das Gesetz zu unterstützen, die mit der Abholzung und Degradierung weiterer wertvoller Ökosysteme in Verbindung stehen, darunter Savannen, Grasländer und Feuchtgebiete.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Auswirkungen der EU auf die Entwaldung zu verringern, indem sie die Ausweitung des Geltungsbereichs der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR) auf andere bewaldete Flächen, darunter Savannen und Grasländer, unterstützt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Ausweitung des Geltungsbereichs der EUDR auf andere bewaldete Flächen in den nächsten fünf Jahren.
- Nein, wir sind nicht dafür, den Geltungsbereich der EUDR in den nächsten fünf Jahren auf andere bewaldete Flächen auszuweiten.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Mit der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) stehen die Unternehmen länderübergreifend vor großen Herausforderungen sowie erheblichen Belastungen und befürchten Verwerfungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Die Vorgaben der EUDR-Verordnung bedeuten für die Betriebe einen unverhältnismäßigen und nicht mehr darstellbaren bürokratisch-administrativen Aufwand, der enorme zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen und negative Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hat. Klar ist, dass die fehlende Rechtssicherheit und die unklaren Rahmenbedingungen zu einer zusätzlichen Belastung für die Wirtschaft führen. Die EUDR ist inhaltlich völlig neu und praxistauglich aufzusetzen. Die Europäische Kommission sollte bei der Erarbeitung der Guidelines die Abläufe der Lieferketten berücksichtigen und die Interpretationsspielräume der Verordnung in diesem Sinne auslegen. Anstatt gezielten Bürokratieabbau zu betreiben und auf diese Weise den Rahmen für eine langfristige wirtschaftliche Erholung und Aufschwung zu setzen, nimmt die Brüsseler Politik Standort- und Wettbewerbsnachteile in Kauf, die zu einer Verlagerung der Industrie führen könnten. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung und die verstärkte Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz sind ein wichtiger Schlüssel für die Energiewende und schützen das Klima und die Umwelt.